

NDB-Artikel

Marchet, Gustav Agrarrechtler, Politiker, * 29.5.1846 Baden (Niederösterreich), † 27.4.1916 Schlackenwerth (Böhmen). (katholisch)

Genealogie

Aus welschtiroler Seidenzüchter- u. Weinbauernfam. (Marchetti);

V → Josef Karl († 1858), Apotheker, S d. Johann Bapt., Gründer e. Seidenfärberbetriebs in Gumpendorf b. Wien;

M Marie Zwirger († 1856);

◦ 1879 Emilie, T d. Fregattenkapitäns Eduard Frhr. Schwäger v. Hohenbruck u. d. Emilie v. Bellino;

4 T.

Leben

M. absolvierte seine Gymnasialzeit im Stift Kremsmünster[¶], studierte Jus in Wien und Graz (Dr. iur. 1869) und wurde noch vor Abschluß seiner Studien 1869 als Vortragender für die Administrativfächer, dann für Volkswirtschaftslehre und forstliche Gesetzkunde an die Forstakademie in Mariabrunn berufen. Seit der Gründung 1872 war er auch an der Hochschule für Bodenkultur in Wien tätig, in der die Forstakademie aufging: zunächst als Honorarprofessor für Agrarrecht, seit 1875 als ao. Professor, seit 1883 als Ordinarius für Verwaltungs- und Rechtslehre (1884–1906 mehrmals Rektor). Das besondere Interesse M.s, der mit F. W. Raiffeisen in Verbindung stand, galt der Förderung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften; seit 1876 wurde er als Gutachter auch vom Ackerbau- und Justizministerium zu Rate gezogen. Als Mitglied des Landwirtschaftsrats vertrat er die Gesetzesvorlagen aus dem Gebiet des Agrarrechts; bekannt wurde sein Eintreten für die Interessen der durch den Reblausbefall geschädigten Weinbauern. Auf sozialpolitischem Gebiet machte er sich um die Schaffung der Alters- und Invalidenversicherung der Privatbeamten (1906) und um die Regelung der rechtlichen Stellung der Güterbeamten (1913) verdient.

Nach einem ersten – vergeblichen – Anlauf 1879 gelang M. 1891 der Einstieg in die Politik, als er das „Kampfmandat“ seiner Geburtsstadt Baden für den Reichsrat von einem antisemitischen Kandidaten für die Deutsche Fortschrittspartei zurückeroberte. Der Wahlkreis ging 1897 wieder verloren und wurde 1901 von ihm zurückgewonnen. M. gehörte dem linken, sozial engagierten und national eingestellten Flügel der altliberal und großbürgerlich dominierten „Vereinten Deutschen Linken“ an; den Antisemitismus der übrigen

mittelständischen Gruppierungen (Christlichsoziale und Deutschnationale, die in Niederösterreich lange Zeit eng zusammenarbeiteten) lehnte er ab. Er war maßgeblich an den Versuchen beteiligt, eine volksnahe Neuorganisation der Liberalen herbeizuführen, und avancierte zum Führer der daraus resultierenden „Fortschrittspartei“ in Niederösterreich. Nach seiner Rückkehr in den Reichsrat 1901 wurde M. in die Führungsgremien seiner Fraktion aufgenommen und wirkte vor allem als Vorsitzender des Zollausschusses, wo er eine gemäßigt schutzzöllnerische Linie vertrat. Im „Konzentrationskabinett“ Beck (Deutsche und Tschechen, Christlichsoziale und Fortschrittliche) von Juni 1906 bis November 1908, das mit der Vorbereitung des allgemeinen Wahlrechts betraut war (das M. endgültig um sein Mandat bringen sollte), übernahm er das Unterrichtsressort. Eine bleibende Leistung stellt die Reform des Mittelschulwesens dar: Es wurden Schultypen eingeführt, die naturwissenschaftlichen Fächern stärker Rechnung trugen, sowie eine Prüfungsordnung für die Matura, die im wesentlichen bis heute Bestand hat. Überschattet wurden die letzten Monate von M.s Amtszeit durch die „Wahrmund-Affäre“, den Fall eines Innsbrucker Kirchenrechtlers, der sich mit der kath. Kirche überworfen hatte. Studentenkrawalle und ein Wiederaufleben kulturkampfähnlicher Stimmungen in der Öffentlichkeit waren die Folge. M.s freisinnige Einstellung stand im Widerspruch zu jener des christlichsozialen Koalitionspartners; mit der Versetzung Wahrmunds nach Prag kam es zu einem Kompromiß, doch die hervorgerufene Verstimmung trug zum Sturz der Regierung bei.

Nach seiner Wahlniederlage 1907 ins Herrenhaus des Reichsrates berufen, versuchte M. im 1. Weltkrieg unter dem maßgeblichen Einfluß Joseph Maria Baernreithers in mehreren Gesprächsrunden („Marchet-Kreis“) unter Einbeziehung von hohen Beamten und reichsdeutschen Parlamentariern (u. a. auch Frdr. Naumanns), einen überparteilichen Konsens zwischen den Deutschen Österreichs über Zukunftsfragen und Nachkriegsprobleme herbeizuführen. M. trat dabei für eine allmähliche Annäherung an das Deutsche Reich ein, hielt eine sofortige Zollunion bzw. die Schaffung gemeinsamer Institutionen jedoch für verfrüht. Auf einem Jagdausflug erlag er 1916 einem Schlaganfall.

Werke

u. a. Zur Organisation d. landwirtsch. Credites in Österreich, 1876;

Rechtl. Stellung u. Altersversorgung d. privaten Güterbeamten u. d. Altersversorgung d. Privatangestellten, 1884, ²1896;

Das Recht d. Landwirtes, 2 Bde., 1890, ²1900;

Die Wahrung d. landwirtsch. Interessen Österreichs in d. Handelspol., 1891;

Die Reblausgesetzgebung Österreichs, 1896;

Stud. üb. d. Entwicklung d. österr. Agrarverhältnisse 1848–98, 2 Bde., 1898 f.

Literatur

Briefe u. Dokumente z. Gesch. d. österr.-ungar. Monarchie I, hrsg. v. E. v. Rutkowski, 1983;

J. Ch. Allmayer-Beck, Min.präs. Baron Beck, 1956;

D. Harrington-Müller, Der Fortschrittsklub im Abgeordnetenhaus d. österr. Reichsrates 1873-1910, 1972;

A. Czedik, Zur Gesch. d. k. k. österr. Ministerien III, 1917;

G. Bittner, Dr. G. M., Diss. Wien 1950 (*ungedr.*);

NÖB II;

ÖBL (*W, L*). – Eigene Archivstud.

Autor

Lothar Höbelt

Empfohlene Zitierweise

, „Marchet, Gustav“, in: Neue Deutsche Biographie 16 (1990), S. 113-114 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
